

Enztal-Bote.

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis RM. 3.30 vierteljährlich, RM. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbereich RM. 3.30, im sonstigen Inland, Verleger RM. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Zeile oberer Raum 15 Pf., unterer 10 Pf., Reklamazeilen 60 Pf., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsgesellschaft und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gad. Fernsprecher 33. Anzeigenannahme: In Calmbach: Hauptstraße 109. Jahrgang 53

Nr. 178

Dienstag, den 12. August 1919

In Calmbach: Hauptstraße 109

Tageschau.

In der Filiale der Dresdener Bank in Berlin sind aus einem erbrochenen Tresor 95 000 Mark bares Geld und für mehrere Hunderttausend Mark Wertpapier entwendet worden.

Matin berichtet, daß nach Funknachrichten die polnischen Truppen von Minsk aus eine große Offensive gegen die Bolschewisten begonnen haben.

Die Bankangestellten der Norddeutschen Bank in Hamburg haben sich dem Streikbeschluss mit 208 gegen 97 Stimmen angeschlossen.

Einer Meldung des Nouvelliste de Lyon zufolge werden die alliierten Truppen, die für die Befreiung Oberschlesiens voranschreiten bestimmt sind, die Stärke einer Division haben. Jede der dort vertretenen Mächte wird drei Bataillone stellen.

Die Reichsverfassung.

4. Abschnitt.

Der Reichsrat.

Der Artikel über das Stimmenverhältnis im Reichsrat bleibt unmodifiziert bestehen. Danach bedeuten also eine Million Einwohner je eine Stimme im Reichsrat, nur daß kein Land mehr als zwei Fünftel aller Stimmen haben darf, jedoch hat jedes Land mindestens eine Stimme, also auch die ganz kleinen.

Die von den Deutschnationalen verlangte einheitliche Stimmenabgabe jedes Landes im Reichsrat, die den alten Bundesrat wieder hätte ersetzen lassen und die die besondere Vertretung der einzelnen preussischen Provinzen im Reichsrat unmöglich gemacht hätte, wurde abgelehnt.

5. Abschnitt.

Die Reichsgesetzgebung.

Hier versuchen die Unabhängigen, die Räte als Faktor der Gesetzgebung in die Verfassung zu bringen, selbstverständlich vergeblich.

Die in zweiter Lesung verhängnisvoll gefassten Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheid wurden jetzt abgeändert. Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz kann danach zur Abstimmung gebracht werden vom Präsidenten und von einem Drittel des Reichstags in Verbindung mit einem Zwanzigstel der Wähler. Ein Gesetz muß durch Volksbegehren vorgelegt werden, wenn ein Zehntel der Wähler es verlangt. Jedoch kann ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz durch Volksentscheid nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn die Mehrheit aller Wähler sich bei der Abstimmung beteiligt. Falls es sich aber um eine Verfassungsänderung handelt, muß die Mehrheit der Wahlberechtigten sich nicht nur an der Abstimmung beteiligen, sondern der Veränderung zustimmen. Das bedeutet in Wirklichkeit eine stark qualifizierte Mehrheit. Denn niemals wird die Gesamtheit der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligen. Das Recht, den Volksentscheid zu beantragen, hat auch der Reichsrat, wenn er einer Verfassungsänderung des Reichstags widerspricht.

6. Abschnitt.

Die Reichsverwaltung.

Hier wird die einheitliche Außenpolitik, Wehrverfassung, Schulverwaltung usw. festgelegt. Es befindet sich auch der Artikel 80 darunter: „Das Kolonialwesen ist ausschließlich Sache des Reichs“. Bei der Wehrverfassung wird nicht mehr für die Befehlsstellen der Länder (Kommandostellen der Einzelstaaten) selbständige Befugnis verlangt, sondern nur gesagt, daß sie unter Aufsicht der Reichsverwaltung stehen. Artikel 84 gibt dem Reich das Recht, Vorschriften über die Steuerverwaltung der Länder aufzustellen.

Bei Post und Eisenbahnen, die grundsätzlich allein Sache des Reichs sind, wird an die Länder die Konzeption gemacht, daß Bestimmungen auf diesem Gebiet nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen werden. Jedoch ist bereits vorgesehen, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats dieses Verwaltungsrecht dem Reichspostminister, bzw. dem zuständigen (noch nicht bestehenden Reichseisenbahn- oder Verkehrs-) Minister übertragen kann. Bis zu 1. April 1921 müssen Post und Telegraph sowie Eisenbahnen, Wasserstraßen und Seeeisenbahnen auf das Reich übergeführt sein.

7. Abschnitt.

Die Rechtspflege.

Umstritten waren hier nur die Militärgerichte. Es bleibt bei der Bestimmung, daß sie aufgehoben sind, der Kriegsminister und die Rechte sträubten sich gegen die verfassungsmäßige Aufhebung. Im übrigen ist auch die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben, mit Ausnahme der Kriegszeit. Der letzte Artikel des ersten Hauptteils sieht die Errichtung eines Staatsgerichtshofs vor.

Erklärungen des Grafen Wedel.

Der bisherige deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, erörtert in den „Hamburger Nachrichten“ die Frage, ob ein Verständigungsfriede möglich gewesen sei. Auf Grund seiner Beobachtungen in Wien stellt er fest, daß zu dem Zeitpunkt, als Prinz Sixtus von Parma im Auftrag des Kaisers Karl wegen des Friedens mit Poincaré verhandelte (im März 1917) und die deutschen Tauchboote ihre größten Erfolge hatten, das Angebot des Kaisers Karl, er werde seinen ganzen Einfluß für die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich einsetzen, von Lloyd George den Verbündeten zur Beachtung empfohlen wurde. Aber Frankreich wollte sich mit Elsaß-Lothringen nicht begnügen. Nach der zweiten Reise des Prinzen nach Paris sei die Entente auf den Friedensgedanken überhaupt nicht mehr eingegangen. Es sei anzunehmen, sagt Graf Wedel, daß die Entente überhaupt nur einen Sonderfrieden mit Oesterreich geschlossen hätte, dessen Bedingungen aber so waren (Verlust Tirols bis zum Brenner und des ganzen Adria-gebiets), daß Oesterreich sie nicht annehmen konnte. Frankreich habe das Angebot des Kaisers Karl rundweg abgelehnt.

Im Frühjahr 1918, führt Graf Wedel weiter aus, fand in Genf eine Unterredung zwischen dem Buren-general Smuts und dem österreich-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff statt. Die Anregung war von England ausgegangen. Mensdorff war in London sehr beliebt, und man kannte ihn als England-Freund. Graf Czernin konnte sich darauf verlassen, daß er sich genau an den Auftrag halten würde, der lautete: „Sovort fragen, ob ein allgemeiner Frieden in Frage kommt, ob auch für Deutschland eine Friedensmöglichkeit besteht. Bejahendenfalls vorschlagen, einen Vertreter der deutschen Regierung zuziehen. Verneinendenfalls erklären, daß weitere Besprechungen zwecklos seien.“

Wie mir Graf Mensdorff nach seiner Rückkehr erzählte, hat ihm Smuts auf die Frage geantwortet: Mit Deutschland könne nicht gesprochen werden. Auf den Einwand des Grafen Mensdorff, ob man denn immer noch glaube, die deutsche Armee besiegen zu können, erfolgte die Antwort: Man glaube nicht, Deutschland militärisch besiegen zu können, aber der Augenblick, mit Deutschland zu sprechen, sei noch nicht gekommen.

Der einzige Augenblick, in dem England und Frankreich ernstlich an einen Friedensschluß dachten, war wohl, als Lloyd George, besorgt wegen der Versenkungen durch die Tauchboote im Sommer 1917, mit Ribot nach Rom fahren wollte, um mit Italien die Möglichkeit einer Verständigung zu erörtern, die Reise aber infolge neuer Nachrichten aus Oesterreich aufgab.

Im vergangenen Herbst (1918) trafen Ententevertreter in Wien ein. Ich begegnete in einem Wiener Salon einem hohen englischen Offizier. Er sprach mit großer Achtung von Deutschland und mit Bewunderung vom deutschen Heer und seinen Führern. Am meisten habe ihm der Rückzug im Spätsommer und Herbst 1918 imponiert. Er sei großartig geleitet und großartig durchgeführt worden. Fest gerechnet auf den Sieg habe man erst für dieses Jahr nach Einsatz frischer Amerikaner und Anwendung neuer Tanks usw. In England und Frankreich könne man nicht an die Wehrlosigkeit Deutschlands glauben, sondern rechne mit Möglichkeit einer Wiederaufnahme des bewaffneten Widerstands. Er sehe aus den deutschen Zeitungen, daß man die Wehrlosigkeit mit der Revolution begründe. Das könne er nicht verstehen. Die Geschichte lehre, daß eine Revolution an sich ein Volk noch niemals wehrlos gemacht habe. Man könne es den Alliierten nicht verargen, wenn sie hinter der angeblichen Wehrlosigkeit eine Falle witterten.

Der Engländer kam dann in den folgenden Ausführungen auf die Verständigungsmöglichkeit zu sprechen. Eine Verständigung sei möglich gewesen, so lange Asquith am Ruder war. Die Lage habe sich völlig unter Lloyd George geändert. Lloyd George sei der Auffassung gewesen, daß der Kampf um die Vorherrschaft in Europa zwischen England und Deutschland einmal ausgefochten werden müsse bis zur endgültigen Entscheidung. Das sei Lloyd Georges Auffassung, und

er habe daher wiederholt auf die Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes bis zur endgültigen Entscheidung hingewiesen. Seitdem sei ein Verständigungsfriede ausgeschlossen gewesen.

Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft.

Der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik gez. Cohen, erklärt an alle Arbeiter der Deutschen Republik folgenden Aufruf:

Eine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrags ist die Bestimmung über den Wiederaufbau der in Frankreich und Belgien zerstörten Gebiete. Die Leistungen Deutschlands für den Wiederaufbau müssen in der Hauptsache in der Stellung geeigneter Arbeitskräfte bestehen. Es handelt sich also darum, daß die zahlreichen in Deutschland vorhandenen Arbeitskräfte, die zum Teil ohne Beschäftigung sind, sich freiwillig für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Es ist selbstverständlich, daß die Interessen der Arbeiter dabei nach jeder Seite hin gewahrt werden müssen. Unersättliche Forderungen aber, wie sie in letzter Zeit aufgetaucht sind, dürfen nicht gestellt werden. Am besten würden zureichende Arbeitsbedingungen durch gemeinsames Verhandeln der deutschen und französischen Gewerkschaften zu erzielen sein. Aber auch für die Arbeiter der Deutschen Republik liegt hier eine lohnende Aufgabe vor. Sie müssen den deutschen Arbeitern sagen, daß Ungeheures von der richtigen Erledigung dieser Aufgabe abhängt. Sie müssen ihnen sagen, daß diese Arbeit nicht dient für deutsche und französische Kapitalisten, sondern für das eigene Volk und dessen Erhaltung. Der Wiederaufbau Frankreichs ist ein gemeinsames deutsch-französisches Interesse, ja noch mehr, ein gemeinsames europäisches. Der Zentralrat richtet daher an alle Arbeiter die dringenden Appell, im Sinne dieses Aufrufs tätig zu sein und mit dazu beizutragen, daß der Deutschen Republik aus der Nichterfüllung gerade dieser ausschlaggebenden Friedensbedingungen kein neuer unabsehbarer Schaden erwächst.

Geheim schreiben der Kommunisten.

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ meldet: Das Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus ist in den Besitz eines geheimen Rundschreibens der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) an seine Agenten und Bezirksvorstände gelangt. In dem Rundschreiben heißt es: Die innerdeutsche Krise muß weiter zur Entwicklung kommen. Wir bitten die Organisationen, ferner der Werbung unter den Soldaten die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Aufrüstung und das Erwachen der proletarischen Massen macht zweifellos weitere Fortschritte. Die Eisenbahner können heute als für die Revolution gewonnen angesehen werden, wenn sie auch politischen Lösungen noch nicht zugänglich sind. Die Postbeamten sind in Gärung geraten. Eine besondere Sorge bilden die Landarbeiter. Ein Sturmtrupp der Revolution werden die Landarbeiter und Bauern nicht werden. Ohne Sympathie oder mit ihrer Feindschaft ist das Werk der Revolution ungewinnbar, wenn nicht unendlich gemacht. Die Eisenbahnerbewegung ist die Bewegung, die wie keine zweite der Bourgeoisie am Mark geht. Ein Eisenbahnerstreik schwächt auf die Dauer eine starke Regierungsmacht (wie Rußland 1906), geschweige denn einen solchen halbverwesten Körper, wie die Regierung Ober-Oste. Das Ziel der Werbung muß sein, Zukunftsbilder den Eisenbahner vor die Augen zu stellen, ihnen zu zeigen, daß die Zugeständnisse, Lebensmittelpreisherabsetzung und anderes Schwindel sind und daß es für sie kein anderes Ziel gibt, als für das Gesamtproletariat: Die Räterepublik. In der Agitation glauben wir, daß mit dem zunehmenden Zerfall der Sozialdemokratie sich die Gegenüber zur Unabhängigen Partei selbst in den Vordergrund schieben. Wir glauben namentlich, daß die Haltung der Unabhängigen in der Friedensfrage — jähwächtig, gedankenlos und unwahrhaftig, indem sie die Wirkungen des Friedens einfach weglug — nicht genug geißelt werden kann.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. August.

Die gestrige Sitzung brachte eine interessante Anfrage des Abg. Hartmann nach dem Ergebnis der Rechnungsablegung der Arbeiter- und Soldatenräte. Hartmann verlangte auch Auskunft darüber, ob die Räte für unerlaubte Ausgaben haftbar gemacht werden. Geheimrat Semisch kam in seiner Antwort aus dem Aufseherischen heraus. Er behauptete, daß die Berichte über die Ausgaben der Räte nur spärlich und lückenhaft einlaufen, vielfach werden auch gar keine Auskünfte gegeben. Nach den bis jetzt eingegangenen Angaben seien beim Militär bis 31. März etwa 38 Millionen verbraucht worden. Das Reich habe mindestens

100 Millionen durch Rüstkosten eingebüßt; dazu kommen die Kosten der Einzelstaaten, die zum Teil sehr hoch (in Preußen allein 19 Millionen) seien. Man wird, alles in allem einen Räte-Etat von etwa einer Viertelmilliarde in Rechnung ziehen dürfen. Die Mitteilung des Reichsbeamten rief im Hause höchste Spannung hervor, das sich steigerte, als er erklärte, es sei noch nicht bekannt geworden, daß die Räte für verschleierte Gelder haubar gemacht wurden. Im Hause herrschte aber nun schon der Wissensdurst, was mit den öffentlichen Geldern angefangen werde; so mit der neuerdings angeforderten 6 Milliarden, für deren Verwendung ein Haushaltsplan ebenfalls wenig vorgelegt wurde, wie bei der ganzen Steuerreform überhaupt. Es werde einfach gesagt: so viel brauchen wir, während früher kein Pfennig bewilligt worden sei, ohne daß auch der genaue Nachweis für die Notwendigkeit erbracht wurde. — Nach der Erledigung der Anfragen wurde die Beratung des „Elektrizitätsgesetzes“ in Angriff genommen, nach dem alle Kraftanlagen mit über 50000 Volt in die Verwaltung des Reichs übergehen sollen. Reichsfinanzminister Mauer-Kauleben (Ztr.) begründete den Gesetzentwurf. Am Samstag wurde vor sehr schwach besetzten Bänken die erste Beratung beendet und die Vorlage an einen Ausschuß verwiesen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Freitag-Sitzung um 4 Uhr nachmittags.

Abg. Kühnert (U.S.P.) fragt u. a., ob die Regierung bereit sei, die Verwendung der diesjährigen Getreuerente durch ein völliges Verbot des Brauens und Brennens zu verhindern.

Geh. Rat Dr. Beyerlein: Gegenwärtig beträgt die den Brauereien zugewiesene Getreidemenge noch etwa 3—4 Proz. der für den Konsum der Bevölkerung reservierten Menge. Auch für das neue Wirtschaftsjahr werden wieder wesentliche Einschränkungen erfolgen.

Abg. Dellus (D.D.P.) lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf das Erleben einiger Bezirksarbeitsräte, die eine völlige Lust über den Dienstbetrieb der Behörden ausüben.

Ein Regierungssprecher weist darauf hin, daß in dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte auch die Befugnisse der Bezirksarbeitsräte begrenzt werden sollen.

Abg. Raute (U.S.P.) weist auf die riesigen Gewinne der Viehhändlungsverbände während des Kriegs hin und auf die Ueberhörschäfte, die sie jetzt noch machen.

Geh. Rat Dr. Beyerlein erklärt, diese Verbände hätten das Recht, Zuschläge zu erheben. Bestimmungen über die Verwendung der Ueberhörschäfte zu treffen stehe den Einzelstaaten zu.

Abg. Harzmann (D.D.P.) fragt nach dem Ergebnis der Rechnungsablegung der A. und S. Räte.

Geh. Rat Semisch: Die Regierung ist noch nicht in der Lage, eine erschöpfende Auskunft zu erteilen, da das Material trotz allem Drängen nur unvollständig vorliegt. Ein Teil der Soldatenräte hat die Rechnungslegung abgelehnt. Im Augenblick ergibt sich folgendes Bild: Die Kosten sind in der Hauptachse persönliche Tagesselder und Reisekosten. Daneben laufen aber auch Ausgaben für reine Parteizwecke. Beim Heer sind bis zum 31. März etwa 38 Millionen aufgewendet worden. Nach den bisherigen Unterlagen hat das Reich mindestens 100 Millionen Mark eingebüßt. (Lebh. Hört! Hört!) Die mitgeteilten Kosten der Bundesstaaten belaufen sich außerdem auf etwa 22 Millionen, in Preußen allein auf 19 Millionen Mark. Von Baden, Sachsen und Braunschweig, wo der Aufwand gleichfalls sehr hoch sein wird, liegen noch keine ausreichenden Berichte vor. Im Westen werden die Ausgaben auf 15 Millionen geschätzt. Die genannten Zahlen verstehen sich abzüglich von den seitens der Vollzugsräte und den Jentendrägen aufgewendeten Beträge. Ueber eine Holtbarmachung einzelner Mitglieder der A. und S. Räte ist bisher nichts bekannt geworden.

Der Gesetzentwurf einer weiteren Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Das Gesetz über ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland wird dem Ausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Sozialisierung der Elektrizitätsgesellschaften.

Reichsminister Mauer: Der Gesetzentwurf bezweckt 1. die Schaffung eines im Reichsgebiet stehenden Elektrizitäts-Hochspannungsleitungsnetzes, das sich im Laufe der Jahre über das ganze Reich ausbreiten soll; 2. die Sicherung eines maßgebenden Einflusses des Reichs auf alle Elektrizitätsanlagen größeren Stils. Vor allen Dingen sollen die jetzt schon bestehenden großen Elektrizitätserzeugungsstellen untereinander verbunden werden. Mit der Durchführung dieses Gesetzes übernimmt das Reich monopolistisch die Aufgabe des Großtransports der elektrischen Bahnen. Hochspannungsleitungen sind fortan Reichswege. In einer einheitlichen Elektrizitätswirtschaft gebäre eine Beherrschung der wichtigsten und größten Stromerzeugungsanlagen durch die öffentliche Hand. Allerdings erscheint es nicht möglich ein Monopol des Reichs festzulegen, und es scheint ausreichend nur die kapitalistische Verteilung an solcher großen Anstalten in die Hand des Reichs zu legen. Die Entschlagnungsfrage soll auf der Grundlage geregelt werden, daß eine Verteilung der Gesellschaftskosten unter Berücksichtigung der Abschreibungen gewährt werden soll. Der Gesetzentwurf ist vor allen Dingen dazu bestimmt, die Lücken in unserer Kohlenversorgung auszugleichen.

Die Sitzung am Samstag begann 3.20 Uhr nachmittags.

Die erste Beratung des Elektrizitätsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Kahmann (S.): Wir begrüßen das Gesetz und hoffen, daß ähnliche Maßnahmen auch auf die Kohlen- und Wasserkraft ausgebeutet werden. Das Gesetz bringt die Verwindung des Kapitalismus und wird gleichzeitig die Gesundung der Reichsfinanzen herbeiführen. Leider umfaßt das Gesetz nur Anlagen, die größer als 50000 Volt sind. Nach dem § 1 der Vorlage werden von den 4000 Werken nur 200 sozialisiert; aber diese 200 Werke schaffen 74 Proz. der gesamten deutschen Leistung. Sie sind mit ihren Anlagen fertig; auch den Rest der 26 Proz. zu leisten.

Abg. Wieland (D.D.P.): Mit dem Ziel der Vorlage, an die Stelle der bisherigen Zersplitterung eine gemeinschaftliche Anbahnung der Elektrizitätswirtschaft zu setzen, sind meine politischen Freunde einverstanden. Nur haben sie schwere Bedenken, ob der hier vorgeschlagene Weg zum Ziel führt. Der einen Milliarde, die man einzuweisen in Aussicht genommen werden noch verschiedene andere Milliarden folgen müssen. Meine Freunde würden einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb in Gestalt einer Hofgesellschaft vorziehen.

Abg. Blener (D.natf.Vp.): Unsere Fraktion erblickt in dem Entwurf eine Maßregel von ungeheurer Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Im Lande wird jetzt schon eine gewisse Furcht vor der Gefahr der Nationalisierungsmaßnahme überhandnehmen. Das Reich muß aber auch eine gesunde Preispolitik gegenüber den Abnehmern in die Wege leiten. Der Fraktion muß zu möglichem Preise geliefert werden. Vollig versinken wir einen Finanzplan.

Die Vorlage wird an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Zweite Beratung des **Welmars, 11. Aug.**

Gründerwerbsteuergesetzes.

§ 1 wird folgende Fassung erhalten: Beim Uebergang des Eigentums an inländischen Grundstücken wird eine Gründerwerbs-

steuer erhoben. Dem Uebertrag des Eigentums steht gleich der Erwerb von herrenlosen Grundstücken.

Abg. Bollmann (S.): Annehmbar ist für uns der Entwurf nur unter der Bedingung, daß auch die Finanznot der Gemeinden nicht außer acht gelassen wird.

Abg. Henke (U.S.P.): Die Grunderwerbsteuer wird auf die Mieter abgemindert werden, daher ist sie abzulehnen.

Abg. Becker-Deffen (D.natf.Vp.): Wir stimmen dem Entwurf mit schwerem Herzen zu. Die ganze Steuergeschickung der Reichs betrifft eine Erhöhung der Finanzgebarung der Gemeinden.

Abg. Baerle (D.natf.Vp.): Dankbar würden wir für eine Erklärung sein, wie sich das Verhältnis dieser Steuer zu anderen Steuern, wie Umlagesteuer Wertzuwachssteuer usw. stellen wird.

Geh. Regierungsrat Dr. Köppl erwidert, daß über diese Frage im Rahmen der Reichsreformabordnung zu verhandeln sein werde.

§ 1 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. § 2 bis § 6 werden ohne Debatte angenommen.

§ 7 behandelt die Fälle, in denen die Steuer nicht erhoben werden soll. Dazu beantragen die Demokraten eine Ermäßigung der Steuer bis zur Hälfte, wenn die steuerpflichtigen Beiträge bei behauenen Grundstücken 20000 Mark und bei unbebauten Grundstücken 5000 Mark nicht überschreiten. Die deutsche Volkspartei beantragt gleichfalls Steuerermäßigungen.

Reichsfinanzminister Erzberger bittet die Anträge abzulehnen. Das Reich brauche 25 Milliarden.

§ 7 wird unter Ablehnung der Änderungsanträge in der Ausschußfassung angenommen.

§ 8 bestimmt, daß die Steuer auch erhoben wird bei Grundstücken, die im Besitz der Toten Hand, von Vereinigungen, Anstalten oder Stiftungen sind, wenn 20 Jahre seit der Bindung oder des Erwerbs verstrichen sind.

In der Abstimmung wird § 8 mit knapper Mehrheit un- verändertert angenommen, ebenso die folgenden §§.

Bei § 16 wird der Antrag der Rechtsparlieren auf Ermäßigung der Steuern von 4 auf 3 Proz. abgelehnt. Weitere §§ gelangen unverständlich zur Annahme.

Die Hälfte der Steuer soll dem Reich, die andere Hälfte den Ländern zufallen.

Ein § 33 a legt fest, daß den Gemeinden bis zum 31. Sept. 1925 der Durchschnittsvertrag der letzten 3 Jahre zu befolgen ist. De. Rest des Entwurfs wird erledigt.

Neues vom Tage.

Das Geheimnis der „Bremen“ gelüftet?

Berlin, 11. Aug. Wie die „Voss Zig.“ meldet, ist die Besatzung des verschollenen Handelsdampfers „Bremen“ in Bremen eingetroffen. Die Engländer haben die Besatzung drei Jahre lang gefangen gehalten und ihren Aufenthalt streng geheim gehalten. Die „Bremen“ war das zweite der beiden Handelsdampfer — das erste war die „Deutschland“ —, die eine Fahrt nach Amerika unternahm. Die „Bremen“ kam aber nie in Amerika an und scheint unterwegs von den Engländern abgefangen worden zu sein.

Aus der Streifbewegung.

Dresden, 11. Aug. Der Vorstand des sächsischen Eisenbahnerverbands warnt die sächsischen Eisenbahner vor der Teilnahme an dem beabsichtigten mitteleuropäischen Eisenbahnerstreik.

In einer Verhandlung des Militärministers Kirchhoff und des Generals v. Eldershausen mit einer Abordnung chemischer Arbeiter wurde die Widerlegung der Behauptung des Belagerungsstaats durch Einlegung einer Sperre abgelehnt.

Wie die Chemnitzer Polizeibehörde mitteilt, haben die Regierungstruppen 14 Tote und 56 Verwundete zu beklagen. Von den Zivilisten wurden 11 getötet und 49 verwundet. Nach privater Schätzung hatten die Truppen 60—80 Tote und 200 Verwundete.

Hamburg, 11. Aug. Die Bankangestellten in Hamburg-Altona sind heute in den Streik getreten. Die Banken geben bekannt, daß, falls die Mehrzahl der Angestellten nicht zur Arbeit erscheinen sollte, der Verkehr mit dem Umland nicht aufgenommen werde.

Deutschland und England.

Berlin, 11. Aug. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird gesagt: Die englische Politik befindet sich am toten Punkt. Für uns Deutsche habe die Betrachtung der inneren Vorgänge in England mehr als nur theoretischen Wert. Unsere Zukunft nach dem Krieg sei mehr als wir es bisher eingestanden hätten, mit der des britischen Reichs verknüpft. Es sei nur Klugheit, wenn wir der britischen Weltmacht gegenüber mit dem „zwecklosen Gesämspe“ endlich aufhörten und anstatt auf Nützen zu spekulieren, von denen wir letzten Endes doch keinen Gewinn hätten, lieber auf Möglichkeiten hinarbeiteten, die für ein Zusammengehen unter Wahrung unseres nationalen Selbstgefühls nicht so fern lägen. Die Tage der jetzigen Regierung in England seien gezählt.

Weltkohlennot.

Berlin, 11. Aug. Wie dem „Berliner Lokalan.“ gemeldet wird, müssen die Vereinigten Staaten Südamerika mit Kohlen versorgen und können wegen Schiffsräumungsmangels nicht mehr als höchstens zwei Millionen Tonnen monatlich liefern. Das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der europäischen Kohlennot bestehe in der Vermehrung der Kohlenproduktion in Europa, namentlich Deutschlands. Die europäische Kohlenkommission in Paris werde keine Rücksicht nehmen auf den Kohlenbedarf der deutschen Industrie und in erster Linie an die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten denken.

Der oberstelektische Stiefel unschädlich.

Hindenburg, 10. Aug. Dem Sturmabteilung von Anwalt de la Perriere der 3. Marinebrigade von Löwenfeld ist es in der letzten Nacht gelungen, den oberstelektischen Vandalenführer Hajot zu fassen. Hajot selbst und sein zweiter Führer, Kerisch, wurden dabei getötet. Mehrere andere Hauptverbrecher, darunter der Bruder Hajots, wurden festgenommen. Das Sturmabteilung war vorhergehenden Tage in Hindenburg eingedrungen. Vom Sturmabteilung wurde der Freiwillige Leutnant zur See Friede durch drei Schüsse schwer verletzt.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 11. Aug. Der „Chicago Tribune“ zufolge hat der Oberste Rat den Vorschlag Fochs angenommen, wonach Deutschland ermächtigt wird, neue Truppen in die 50-Kilometer-Rone östlich des Rheins zu legen, da

die dort befindlichen deutschen Truppen, falls Streiks ausbrechen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht genügen.

Paris, 11. Aug. (Davas.) Der Oberste Rat hat angeordnet, daß in den Flotten der Verbündeten keine Tauchboote zu Angriffszwecken mehr gebaut werden sollen.

Die Schadenerjagder sollen von Deutschland in Frankenaubachtung geleistet werden.

Die italienische Regierung hat alle Kriegsverordnungen gegen Deutschland aufgehoben.

Köln, 11. Aug. Der Wiesbadener Hochverräter Dr. Dörten ist in Paris eingetroffen und wird eine Unterredung mit Clemenceau haben.

Spannung zwischen Rumänien und der Entente.

Berlin, 11. Aug. Einer Genfer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ zufolge berichtet „Echo de Paris“, daß der Oberste Rat auf seine drei Notizen keine Antwort der Bukarester Regierung erhalten habe.

Zwangsauswanderung in England.

Amsterdam, 11. Aug. Wie drahtlos gemeldet wird, wird das englische Kriegsministerium den Antrag stellen, daß in den nächsten drei Jahren 36 000 demobilisierte britische Soldaten mit ihren Familien nach Westaustralien geschickt werden.

Amerikanisches Ausfuhrverbot für Weizen.

Stockholm, 11. Aug. „Afton Tidningen“ meldet, nach einer Unterredung des Direktors des Weizenverkehrs, Julius Barnes, mit Wilson wurde ein Verbot der Ausfuhr von Weizen nach Europa erlassen. Die Folge sei ein sofortiger Preissturz von Weizen und Fleisch gewesen. Der Lebensmittelmangel in Amerika habe einen bedrohlichen Umfang angenommen.

Aussland in der Türkei.

Paris, 11. Aug. „Temps“ meldet, Mustafa Kemal Pascha habe sich geweigert, der Aufforderung der türkischen Regierung, nach Konstantinopel zurückzukehren, Folge zu leisten. Er habe sich von der Türkei unabhängig erklärt und lasse überall bekannt machen, die Konstantinopeler Regierung habe das Vaterland verlassen. Er fordere alle Anhänger des Islam und die Freunde der Türkei auf, sich ihm anzuschließen. Mustafa verfüge über zwei revolutionäre Divisionen. Zahlreiche Freiwillige schlossen sich ihm an. Die türkische Regierung habe zwei Minister zu Verhandlungen in das Aufständnisgebiet entsandt. Sie werde voraussichtlich auch Gendarmerietruppen in dieses Gebiet schicken. (Kemal befindet sich im nordöstlichen Kleinasien.)

Württemberg.

(-) Stuttgart, 11. Aug. (Einwohnerwehr.) Die Def-Sicherheits-Truppen werden mit Wirkung vom 11. ds. Mts. ab, zunächst unter Verbeibaltung ihrer bisherigen Organisation als „Einwohnerwehr“ dem Ministerium des Innern unterstellt. Die Hauptstelle erhält die Bezeichnung „Hauptstelle für Einwohnerwehren Württembergs“ und befindet sich Stuttgart, Akademie, Nummer 10/584. Die Verbände führen die Bezeichnung „Einwohnerwehr“, „Einwohnerwehrkompanie“, „Einwohnerwehrbataillon“.

(-) Stuttgart, 11. Aug. (Ordnungsdienst.) Da die Zustände im Arbeiterverkehr auf der Staatsbahn geradezu unhaltbar geworden sind, fordern die Vereinigten Gewerkschaften Württembergs die Arbeiter der Bezirke Stuttgart, Cannstatt, Ehlingen, Waiblingen, Schorndorf und Badnang auf, sich unverzüglich zur Uebernahme von Ordnungsdiensten auf den Bahnhöfen und in den Zügen zu melden, um geordnete Verhältnisse wieder herbeizuführen. Zur Begründung dieser Aufforderung wird hervorgehoben, daß das Zugspersonal leider machtlos gegen die Rücksichtslosigkeit und Verblendungslosigkeit eines Teiles der Arbeiterschaft.

(-) Stuttgart, 10. Aug. (Die Ortsvorsteher wehren sich.) Die Vereinigung württ. Ortsvorsteher hat auf einer hier abgehaltenen Tagung folgende Entschliessung gefaßt: 1. So lange die Regierung im Interesse der Ernährung der Bevölkerung die Weiterführung der Zwangswirtschaft für nötig hält, werden die Ortsvorsteher dafür mit der ihrem Stande heute noch eigenen Autorität einsehen, verlangen aber Zurückstellung der Remoahlen sowie daß, wenn die Lebensfähigkeit abgeschafft wird, erst 1 1/2—2 Jahre nach vollständiger Aufhebung der Zwangswirtschaft unter voller Wahrung wohl- erworbenen Rechte zu Remoahlen geschritten wird. 2. Angesichts der durch die Kriegswirtschaft herbeigeführten besonderen Verhältnisse, die die Gefahr einer Nichtwiederwahl der Ortsvorsteher vervielfacht haben, und in Rücksicht auf die eingetretene starke Geldentwertung ist eine über die Bestimmung der Gemeindevorstellung hinausgehende Sicherung der auf Zeit gewählten Ortsvorsteher ein unabwiesbares Erfordernis.

(-) Stuttgart, 11. Aug. (Kleiderauffälliger.) Auf den Plattformen der Straßenbahnen sind in letzter Zeit wiederholt Fälle von Kleiderauffälligkeit vorgekommen und zur Anzeige gebracht worden. Hoffentlich gelingt es endlich, des Täters habhaft zu werden.

(-) Wehingen, 11. Aug. (Kein Beitrag zum Landestheater.) Das vom Ministerium des Kirchen- und Schulwesens an die Stadtgemeinde gestellte Ansuchen, zu dem Betrieb des volkreichen auf den Staat übergegangenen Landestheaters einen jährlichen Beitrag von 500 M. zu gewähren, wurde vom Gemeinderat abgelehnt, weil die vom Ministerium angeforderte Voraussetzung, daß die hiesige Stadt vermöge ihrer Lage und Verbindung mit der Landeshauptstadt an den Vorteilen des Landestheaters in höherem Maße teil hat nicht zutrifft.